

Schlesische Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: Einzelnummer 25 Pf., Durch Abnehmer 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Verlagskonto Nr. 78 865. Sozialistischer Verlag e. G. m. B. O. Breslau.
Verkehrs-Anschluss: Ring Nr. 8987.

Mittwoch, 16. November 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Zeile ober dem Raum 0,30 Mk., auswärts 0,30 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Beleg- und Veranlassungsanzeigen 0,40 Mk. Reflektoren: Die Zeile ober dem Raum im Text 1.- Mk.

Die Teuerungswelle steigt.

Die Teuerung wächst rapide und mit ihr die Verelendung breiter proletarischer Schichten. Die Großhandelsindizes des Statistischen Reichsamts ist unter dem Einfluss der katastrophalen Marktentwertung auf 2067 im Durchschnitt des Monats September auf 2460 im Durchschnitt des Monats Oktober emporgeschritten.

Die Preissteigerung ist allgemein, und zwar liegen Getreide und Kartoffeln von 2016 auf 2380, Fleisch, Fische, Fette von 1943 auf 2325, Kolonialwaren von 2317 auf 3099, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 2020 auf 2417, ferner Häute und Leder von 3727 auf 4539, Textilien von 3070 auf 4176, Metalle von 2036 auf 2965, Kohle und Eisen von 1830 auf 1885, Industriestoffe zusammen von 2155 auf 2539, die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fische, Fette, Kohle, Eisen) von 1952 auf 2235, die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren von 2643 auf 3585.

Dieser amtlich mitgeteilten Preissteigerung im Großhandel, die für die Oktobermitte eine Steigerung um das durchschnittlich 15fache bedeutet, steht eine Steigerung der Löhne und Gehälter um durchschnittlich höchstens das 12fache gegenüber. Bei den Getreidepreisen sind außer den Preisen auf dem freien Markt auch die Umlagepreise berücksichtigt. Gemessen an diesem amtlichen Index beträgt der reale Wert des durchschnittlichen Arbeiterlohnes etwa 45 Prozent des Arbeiterlohnes von 1913. Infolge der weiteren Marktentwertung und des fortgesetzten deutschen Ausverkaufes haben sich diese Verhältnisse bis heute noch mehr zu Ungunsten der breiten werktätigen Massen verschlechtert.

Die Not des Volkes wird immer größer. Immer langsamer steigen die Löhne, verglichen mit der immer größer werdenden Entwertung der Mark. Immer hartnäckiger wird das Unternehmertum gegen jede Lohnerhöhung, immer bedächtiger die Gewerkschaftsbürokratie in der Unterstützung und Durchführung der berechtigten Ansprüche der breiten Massen.

Es wird die allerhöchste Zeit, in den Gewerkschaften und den Betrieben recht frühzeitig an den Aufruf des ADGB vom 18. August d. J. zu erinnern, in dem er der Arbeiterschaft verspricht, in geschlossener Front gegen die Verelendung der breiten Massen kämpfen zu wollen. Der Reallohn der deutschen Arbeiterschaft ist heute bereits weit unter die Hälfte des Friedenslohnes gesunken. Wir fragen jetzt den ADGB und die Arbeiter in den Betrieben, wo der Zustand beginnt, den der ADGB Verelendung nennt?

Die Arbeiter allerorts beantworten diese Frage seit Wochen schon mit dringlichen Lohnkämpfen. Wo bleibt die vom ADGB selbst propagierte Einheitsfront aller Kämpfenden? Der ADGB rührt sich nicht. Um so stürmischer müssen die Mitglieder in den Gewerkschaften diese Front fordern und sie in den Betrieben herstellen.

Die Hungerpreise.

Aus dem eben veröffentlichten Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats entnehmen wir folgende Angaben:

Blutige Kämpfe in Rom.

Intel. Rom, 14. November.

Gestern ist es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Faschisten gekommen. Bis her wurden 5 Tote und etwa 120 Schwerverletzte gezählt. Einer der verwundeten Arbeiter ist bald nach seiner Überführung ins Spital gestorben. Bei den Zusammenstößen griffen weiß Militärs und königliche Garde ein, um die Kämpfenden voneinander zu trennen. Die Polizei verhaftete 50 Personen wegen der Teilnahme an den Unruhen. Die angeklagte feindliche Haltung des Eisenbahners, dessen Ermordung durch die Faschisten den Anlaß zu dem Generalstreik gegeben hatte, wurde durch die Regierung verboten, da neue Unruhen befürchtet wurden. Die Eisenbahnerorganisationen sollen solange im Auslande zu verharren, bis die Besetzung aufgehoben und die Faschisten aus Rom abgehoben werden. Um den Faschisten die Abreise aus Rom möglich zu machen, wurden auf Beschluß der Eisenbahnerorganisationen mehrere Zugabteilungen zusammengestellt. Der faktische Führer Mussolini hat mit einem dieser Züge die Stadt verlassen.

Wirtschaftsaufbau in Sowjetrußland.

Setzung der Kohlenproduktion.

Augenblicklich wird in Rußland von allen Seiten über die ersten Erfolge der neuen Wirtschaftspolitik gemeldet. Besonders beachtlich ist dies auf einem der wichtigsten Industriegebiete Sowjetrußlands, in der Kohlenproduktion des Donbass. Im September wurden in den Schächten über 20 Millionen Kubikmeter Kohle gefördert; im Oktober stieg die Ausbeute auf

Die Preise für Getreide sind, da eine Kaufsteigerung überhaupt nicht bestand, von ihrer ungeheuerlichen Höhe eine Kleinigkeit zurückgegangen. Die augenblicklichen Getreidepreise zeigen folgendes Bild:

	1913	heute (Berlin)	Steigerung	Weltmarktpreis einschl. Fracht.
Weizen	198	7600	38 fach	11 700 Chicago
Roggen	164	6000	36 fach	9 800 Chicago
Hafer	162	5900	36 fach	7 800 Chicago
Gerste	157	7800	49 fach	10 500 Rotterdam

Kartoffeln notierten auf dem Berliner Markt (Großhandelspreis) mit 84 Mark der Zentner, d. h. 1680 Mark pro Tonne, was einer 35fachen Steigerung seit 1913 entspricht. In Hamburg, Frankfurt a. M. und Köln a. Rh. gingen die Notierungen für den Zentner Kartoffeln bereits im Großhandel über 100 Mark hinaus. Der Kleinhandelspreis beträgt aber auch in Berlin bereits teilweise schon 1,20 Mark.

Auf Buttersteigerungen wurden in Berlin bis 4000 Mk. für den Zentner erzielt; dem entspricht ein Kleinhandelspreis von wenigstens 44 Mark das Pfund. Auch auf den Hamburger und Bremer Buttersteigerungen wurden ähnliche Preise gezahlt.

Für Zucker zahlte man auf dem Hamburger Markt durchschnittlich 16 Mark für das Kilogramm, d. h. 16 000 Mark für die Tonne oder 41mal mehr als im Frieden (390 Mark). Diese Steigerung ist so ungeheuerlich, daß trotz der fortgesetzten Selbstentwertung der Zucker auf amerikanischen und englischen Terminmärkten, in Mark umgerechnet, billiger ist als in Deutschland.

Für Erbsen wurden an der Berliner Produktenbörse 400 bis 500 Mk. für den Zentner gezahlt, was einem Kleinhandelspreis von 5 bis 6 Mark für das Pfund entspricht (20- bis 30fache Steigerung).
Im Laufe von 24 Stunden, nämlich vom 10. bis zum 11. November sind auf dem Berliner Metallmarkt die Preise folgendermetalle in die Höhe gegangen: Elektrolytkupfer von 8000 auf 8800 Mark, Raffinadekupfer von 7200 auf 7500 Mark, Original-Güldenrohgold von 253 auf 2760 Mark, Australginn von 17 400 auf 18 000 Mark, Reinnickel von 13 000 auf 14 300 Mark, alles für je einen Doppelzentner gerechnet. Der Preis für ein Kilogramm Silber in Barren stieg von 4300 auf 4500 Mark.

Wie aus Erfeld gemeldet wird, hat der Internationale Verband der Seidenfärbereien neue Teuerungsaufschläge festgesetzt, die eine Erhöhung um 20 bis 40 Prozent bedeuten. Gleiche Erhöhungen sind von der Vereinigung der Städfärbereien ganz- und halbfärbener Gewebe und von der Stoffappretur-Vereinigung vorgenommen worden. — Der Verband der Samt- und Plüschfabrikanten hat auf seiner Erfelder Hauptversammlung am 9. November neue Preise festgesetzt, und zwar in Schweizer Franken. Diese einfache Festsetzung bedeutet, daß die Preise für diese Waren die Entwertung der deutschen Mark nicht mitmachen. Obwohl den Arbeitern dieser Betriebe der Lohn auch in Schweizer Franken ausgezahlt wird?

35 Millionen Rub, was eine Rekordziffer auch im Vergleich zum Jahre 1916 darstellt. Die Mittel dieser Sanierung der russischen Kohlenproduktion sind: Konzentrierung der Produktion, Einführung des neuen Lohnsystems und die Verbesserung der Arbeiterverpflegung.

Der Außenhandel.

Der russische Außenhandel entwickelt sich wider allen Erwartungen seiner Gegner sehr gut. Während der ersten 10 Monate des Jahres 1921 wurden insgesamt 35,5 Millionen Rub Waren eingeführt, und 5,5 Millionen Rub ausgeführt. Die Beziehungen zu den westeuropäischen Nationen bessern sich ebenfalls; mit Schweden ist der Handelsvertrag bereits geschlossen, dasselbe wird in den nächsten Tagen auch für Italien gelten. Mit Deutschland stehen die Verhandlungen über die Ausbreitung der Handelsbeziehungen bevor. Die Sowjetdelegierten nahmen teil an der wirtschaftlichen Konferenz der Arabstaaten, wo mit Erfolg über die Vereinbarung der wirtschaftlichen Interessen der fünf Ostseeländer auf der Grundlage der gegenseitigen Reisefreigabe verhandelt wurde.

Die Konzessionen.

Was die Konzessionen an die Ausländer anbetrifft, so ist auf diesem Gebiete in Sowjetrußland bis jetzt nicht viel zu verzeichnen. Eine Konzession in Sibirien mit den amerikanischen Arbeitern ist bereits abgeschlossen; eine zweite Konzession in dem Donbass werden ebenfalls die amerikanischen Arbeiter erhalten. Die Ausländer dieser Konzessionen sind ausgezahlt. Mit den Konzessionen für die ausländischen Kapitalisten steht es anders, da die Sowjetregierung jedesmal den Ausbreitungsplänen der ausländischen Gesellschaften entgegenwirft. Bisher ist nur eine solche Konzession zustande gekommen: eine amerikanische Gesellschaft bekam das Recht zur Arbeit-Ausbeute im Uralsgebiet, wobei die Beschäftigungsbedingungen für die Sowjetregierung günstig sind. Eine große Rolle in den Handelsbeziehungen Sowjetrußlands beginnen jetzt auch die russischen Genossenschaften zu spielen.

Die drohende Katastrophe.

Unter fremder Finanzverwaltung oder unter Arbeiterkontrolle.

Die bürgerliche Presse verheimlicht den Massen den ganzen Ernst der Lage, der durch die Ankunft der Reparationskommission geschaffen ist. Sie verstand sich sogar zu dem schlechten Scherz, der englische Gesandte in Berlin, Lord d'Hermon, der spiritus rector der Sinnesgruppe, begünstigt den einen Plan der deutschen Regierung, gegen bestimmte Garantien einen Zahlungsaufschub auf mehrere Jahre zu erlangen.

Um was es geht, geht klar hervor aus den Aufklärungen des Generalberichterstatters der Budgetkommission der französischen Kammer, Dr. Lafeyrie, sowie aus Meldungen der „Times“.

Die Ausführungen Dr. Lafeyries sind von der deutschen Presse bezeichnenderweise in wesentlichen Teilen verflümmelt wiedergegeben worden. Die Hauptstellen lauten:

„Man kann fürchten, daß durch zügellose Papiergeldausgabe das deutsche Reich zum Bankrott treibt. Dieser Bankrott wird von der Großindustrie als das beste Mittel betrachtet, sich der Bezahlung der Reparationen zu entziehen. Die Regierung wird tun nichts, um das zu verhindern. Sie läßt die Kapitalisten auf ihre Mittel ins Ausland verschleudern und enorme Käufe englischer oder amerikanischer Devisen tätigen. Sie stellt ein Budget auf, das auf dem Papier ein Defizit von mehr als 100 Milliarden hat. Wie kann man sich bei einer solchen finanziellen Unordnung verwundern, daß die Markwährung jeden Tag tiefer sinkt. Der Bankrott Deutschlands wird, wenn er eintritt, lebhaft ein Währungsbankrott, keineswegs ein wirtschaftlicher sein. Die Mark kann auf das Niveau der österreichischen Krone fallen, aber Deutschland wird seine gewaltige industrielle Kraft in Zelt halten; es behält seine Bergwerke und seine Fabriken in voller Tätigkeit. Ein Pfand für die Alliierten existiert also... aber unter einer Bedingung: daß die Alliierten es auszunutzen verstehen. Man muß schleunigst einen Kontrollapparat einrichten. Die interalliierten Kommissionen müssen ihre Hand auf die Fülle und Devisenkontrolle legen. Sie müssen Deutschland verpflichten, seine zügellosen Ausgaben einzustellen, regelmäßig seine Steuern einzuziehen, mit den vollen Papiergeldemissionen der Reichsbank Schluss zu machen.“

Gewiß wird es Deutschland in der gegenwärtigen Situation — mit dem Dollar = 250 Mark! — sehr schwer fallen, sich sämtliche, durch den Londoner Vertrag vorausgesehenen Devisen zu verschaffen. Frankreich hat das anerkannt: durch das Abkommen von Wiesbaden hat es weitgehend das Prinzip der Naturalreparationen zugelassen.

Aber die Frage ist mehr eine politische als eine finanzielle. Wird Deutschland dem Rat der gemäßigten Elemente folgen, die eine Anstrengung zur Regelung der Reparationsfrage machen, oder wird es auf die verderblichen Stimmen der Junker und der Großindustriellen hören, die sich nicht scheuen, Deutschland zum Bankrott zu führen.“

In klaren Worten: entweder macht das deutsche Proletariat ernsthafte Anstrengungen, um Banken und Industrie unter strenge Kontrolle zu stellen, um die realen Werte des Großkapitals und der Groß-Grundbesitzer für Wiedergutmachung nutzbar zu machen, oder es wird fremder Zwangsverwaltung unterstellt — wie Ägypten, Persien, China.

Diese Angaben werden bestätigt durch die Berichte und Artikel der „Times“.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt dem Blatt unterm 6. d. M.:

„Deutschland hat, wie bekannt, offiziell und inoffiziell „Fünftel“ ausgefordert wegen der hinauschiebung des Datums, an dem es die nächste Rate zu zahlen haben wird. Ueberdies sind die Veruche ihrer Regierung, sei es durch die eigenen Kapitalisten oder durch fremde Banken, sich ausländische Zahlungsmittel zu sichern, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, nicht aussichtsreich. Unter diesen Umständen gewinnen Argumente zu Gunsten der Bankrotterklärung Deutschlands durch die Verbündeten und die Klarheit einer „Kommission der deutschen Schuld“ (d. h. die Unterstellung Deutschlands unter alliierte Finanzverwaltung) wachsende Unterstützung in Frankreich.“

Ein Leitartikel der „Times“ vom 8. November führt u. a. aus:

„Die Garantiekommision hat kürzlich die deutsche Regierung aufgefordert, bestimmte Zahlungen aus diesen Fonds (den Einhalten des Goldrentens und der Prozentigen Ausfuhrabgabe) zu einem früheren Datum in fremden Devisen zu machen. Diese Zahlungen werden verlangt, um die Diebergutmachungsrate von 4 Milliarden Goldmark, die am 15. Januar fällig ist, aufzubauen. Um die Mittel für diese Zahlungen zu erlangen, müssen von Deutschland bestimmte Sicherheiten gegeben werden. Viele der deutschen Sicherheiten sind ihrer Natur nach als Sicherheiten unrentierbar. Die Verbündeten können z. B. nicht deutsche Staatsbänder, Bänder oder Eisenbahnen realisieren. Ueber diese Werte könnten von deutschen oder ausländischen Finanzleuten als Sicherheit für eine Au-

Leibe oder Anleihen angenommen werden, die real-
sicherbar wären. Deutsche Verträge einer Anleihe in London
sind gescheitert, weil die Londoner Bankleute keine Möglich-
keit sehen, Vorküpfle an Deutschland zu machen, bis es eine
einigermaßen gesunde Währung hat. Es könnten vielleicht
ganz oder teilweise Zahlungen in Waren akzeptiert werden.
J. A. Essener, gewisse Eisenwaren, gewisse zersägte
"Kapitale", Güter, und ein Teil der landwirtschaftlichen Pro-
dukte, die England jetzt aus anderen Ländern einführt; die
Hauptfrage dabei würde sein, daß diese Waren die englischen
Erzeugnisse ergänzen und nicht in Wettbewerb mit ihnen
treten. Das seien aber spätere Sorgen. Für den Augen-
blick ist es das Geschäft, darauf zu bestehen, daß Deutschland
die Januarrate nach Vereinbarung zahle, und daß es die
nötigen Schritte unternimmt, um sich die nötigen Sicher-
heiten, die für die Zahlung erforderlich sind, zu verschaffen."

Die andere Alternative, die die "Times" außer der
Unterstellung Deutschlands unter Zwangsverwaltung
lassen, nämlich die Verpfändung der Bahnen, Wälder und
Staatsländereien an Industrielle harmonisiert merkwürdig
mit den bekannten Stinnesplänen. Offenbar steht
die Stinnesgruppe mit bestimmten eng-
lischen Finanzgruppen unter einer Decke.

Für die deutsche Arbeiterklasse ist die Lage klar. Ent-
weder gerät Deutschland unter Zwangsverwaltung oder
es liefert seine Bahnen, Wälder usw. der Stinnesgruppe
und mit ihnen kooperierenden ausländischen Finanz-
gruppen in die Hand oder der Staat nimmt, unter Kon-
trolle der Arbeiterschaft, rücksichtslos die kapitalistischen
Sachwerte in Beschlag.

Die Gefahr ist nahe und drohend. Die Arbeiterschaft
darf sich durch die Verunsicherungsversuche der bürgerlichen
Presse nicht einschläfern lassen. Allein von ihrer Einsicht
in die Lage und ihrer Tatkraft hängt es ab, ob Deutsch-
land unter Mitshilfe "seiner" Kapitalisten in der oder jener
Form unter Zwangsverwaltung gestellt wird, oder ob es
sich noch retten auf Kosten "seiner" Kapitalisten.

Was bedeutet angesichts dieser Lage die Sozialdemo-
kratische Partei und die Gewerkschaften zu tun? Darauf
ist klare Antwort vorhanden.

Das Garantiefomitee gegen die Bedingungen des Industrietapitals.

Wie schon mitgeteilt wird, hat sich das interalliierte
"Garantie-Komitee" — der in Berlin ständig ansässige Unter-
auschuß der Reparationskommission — heute nacht in langer
Zusammenkunft mit dem Studium der Industrie-Erklärungen zur
Kreditaktion beschäftigt. Die Beratung soll zu dem Be-
schluß gekommen sein, daß das von der Industrie entwickelte
Programm für die Entente unannehmbar sei. Die Über-
führung der Reichseisenbahnen in Privatbesitz stelle sich für
die Entente als ein Versuch dar, die pfändbaren Sicher-
heitsobjekte des Reiches zu vermindern. Sollte
diese Forderung der Industrie erfüllt werden, so müßte die
Reparationskommission mit eigenem Zugriff
nach den Reichseisenbahnen diesem Versuch zu-
vorkommen. Wahrscheinlich soll dieser Beschluß in schrift-
licher Ausfertigung noch heute zur Kenntnis der Reichsregie-
rung gebracht werden.

Die diese Meldung sagt, ist eine entschlossene Einheitsfront
der arbeitenden Klassen gegen die Forderungen der Industrie
das Gebot der Stunde.

Stinnes macht ein gutes Geschäft.

Im "Berliner Tageblatt" schreibt Finster:

Ursprünglich ging die Regierung davon aus, die zur Re-
parationsleistung erforderlichen Goldkredite sich durch eine
besondere, sozialjagende reale Erhöhung der bisher steuerlich ge-
schonten Sachwerte der produktiven Schichten zu beschaffen.
Dann wurde — und zwar hauptsächlich deswegen, weil die Re-
gierung in der Frage der Sachwertverbesserung nicht einheits-
lich und darum nicht energisch genug vorging — aus der all-
gemeinen Erhöhung der Sachwerte die freiwillige Kredit-
aktion. Und jetzt soll diese freiwillige Kreditaktion nur dann
gewährt werden, wenn statt eines Eingriffes des Reiches in
die Substanz der Privatwirtschaft umgekehrt ein Eingriff der
Privatwirtschaft in die wirtschaftliche Substanz des Reiches
erfolgt. In wahrhaft genialer Weise und nach demselben
Rezept, nach dem vor einiger Zeit das schwerindustrielle Pro-
gramm der Kohlensozialisierung den Beschlüssen der Sozial-
reparationskommission entgegenzusetzen wurde, ist hier von den
Herren Stinnes und Silberberg der Spieß umgedreht wor-
den. Zweifellos hätten sie ihre Vorläufer nicht gemacht, wenn
sie nicht der Ansicht gewesen wären, daß bei dem Rückwärts-
schritt, den der Staat abmachen mußte, und in dem sie nur eine
Rückwärts- kein Vorwärtsschritt für den Staat erblickten, ein sehr
gutes Geschäft für sie heranzukommen könnte.

Zweckhinterziehung und ein gutes Geschäft, so formuliert
ein bürgerlicher die Ziele der Stinnes. Im übrigen verhält
sich Finster bei aller Kritik ähnlich wie die gesamte bürgerliche
Presse zu den Vorschlägen der Industrie nicht unbedingt ab-
lehrend.

Wer kann den Eisenbahnraub verhindern?

In der "Sächsischen Zeitung" untersucht Georg Bern-
hard die sich aus den Bedingungen der Industrie für die
Politik der Regierung ergebenden Folgerungen. Er über-
schreibt seinen Artikel "Die Stunde des Kampfes" und fordert:

Lehnt die Industrie endgültig die Kollisions- und frei-
willige Annahme eines ausreichenden Auslandskredites
ab, so muß unterwiegend der Weg beschritten werden,
in die Hand des Reiches in viel Ansehn als demselben Be-
sitzen zu bringen, wie notwendig ist, um eine geeignete Aus-
landskreditnahme für das Reich zu schaffen."

Es fragt sich aber: kann der Kampf, kann Birck und die
Recht, die er vertritt, ernstlich dem Großkapital zu Leibe gehen?
Georg Bernhard schreibt in demselben Artikel:

Die (Salina) Spekulationen haben alles auf die Er-
regung gestellt, daß die Industrie mit ihren Plänen vielleicht
nicht durchdringt, aber dann eben die Sache derjenigen wird
und daß die Regierung es nicht wagen wird, dann energische
Gegenmaßnahmen auszuheben gegen den Willen und die Inter-
essen der Salinisten mächtiger Industriegruppen entgegen-
zusetzen."

Diese Beschränkung auf das Zurückweichen der Re-
gierung hat sich bisher immer als richtig erwiesen. Wird,
die gesamte klein-bürgerliche Demokratie, ist Schritt um Schritt
vor dem Großkapital zurückgewichen. Sie haben alle ihr Be-
kenntnis zur großen Niederlage abgelegt.

Eine neue Wiederholung der Politik des ersten Kabinetts
Birck mit demselben Erfolg haben. Der Kampf gegen Stin-
nes, geführt von Birck und den Seinen, würde ebenfalls möglich

enden wie ihr sogenannter "Kampf gegen rechts" nach der Er-
mordung von Erzberger.

Die Parteien der klein-bürgerlichen Demokratie, die ver-
schiedenen Fraktionen der Bourgeoisie, hängen wirtschaftlich
sowohl wie politisch vollkommen vom Großkapital ab. Sie
haben keine Machtmittel gegen dieses; die Stinnes aber haben
alle Machtmittel gegen sie.

Es wäre eine gefährliche Illusion, wenn die Arbeiterschaft
an die Durchführung des Kampfes gegen die Pläne des Groß-
kapitals durch eine bürgerliche Regierung oder einem ähnlichen Ge-
bilde glauben würde. Um den Eisenbahnraub und die politische
Diktatur von Stinnes zu verhindern, müssen die Massen selbst
auf den Plan treten. Selbst der Demokrat Gerlach fordert den
Gegenangriff der Arbeiter. Es können keine Illusionen über
den Charakter einer bürgerlichen Regierung bestehen, diese
kann allemal nur die Vorstufe für die Stinnesherrschaft sein.

Zum Gegenangriff!

Selbst bürgerliche erkennen die Gefahr, die jetzt durch Stin-
nes Deutschland droht. In einem "König Stinnes" über-
schriebenen Artikel nimmt der Demokrat v. Gerlach in der Welt
am Montag Stellung zu den neuesten Anschlägen der Indus-
triemagnaten. Dem geschlossenen bürgerlichen Block, verlangt
Gerlach, müßte sich eine geschlossene proletarische Front
entgegenstellen. Dem siehe aber aber einstweilen die Sozial-
demokratie im Wege. Gerlach schreibt:

Die Sozialdemokratie hat selber eine Kette am
Bein. Sie hat sie sich selbst angelegt, als sie sich auf die un-
selbige Koalition mit der Volkspartei in Preußen einließ.

Gegen den Stinnes-Plan kann aber nur mit Erfolg an-
gehen, wer seine Front gegen die Deutsche Volkspar-
tei richtet. Sie ist die eigentliche Trägerin der Anti-
sozialisierung 3-Kampagne. Ihr irgendwelchen Ein-
fluß auf die Staatsgeschäfte einzuräumen, heißt Wegbereiter
spielen für die Diktatur der Schwerindustrie.

Gerlach fordert die SPD-Führer auf, von der Koalition
mit der Volkspartei zu lassen. Er fährt fort:

Stinnes hat die Offensive ergriffen. Werden die
Arbeiter sich mit einer schwächlichen Defensivbe begnügen,
oder nach bewährter militärischer Taktik — in der Beziehung
können selbst Pazifisten etwas vom Militarismus lernen — zur
Gegenoffensive schreiten?

Die Arbeiterschaft muß zur Gegenoffensive über-
gehen. Es ist Aufgabe der SPD-Arbeiter dafür zu sorgen,
daß ihre Partei die "Kette am Bein" endlich loswerde, damit
die drei sozialistischen Parteien zusammen mit den Gewerkschaften
die Stinnes'schen Pläne vereiteln.

Die sächsischen Gemeinderatswahlen.

WTB. Dresden, 13. November.

Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen erhielt die bür-
gerliche Einheitsliste 112 890 Stimmen, 35 Sitze, die Liste der
Deutschen 20 354, 7 Sitze, die Angehörigenliste 5426, 1 Sitz, Mehr-
heitssozialisten 33 854, 9 Sitze, U.S.P.D. 27 434, 8 Sitze, Kom-
munisten 16 312, 4 Sitze. Das bisherige Stadtparlament
setzte sich zusammen aus 11 Reichern, 15 der freien Gruppen,
15 Demokraten, 39 Sozialisten und 4 Unabhängigen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Sachsen.

WTB. Leipzig, 13. November.

Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden ins-
gesamt 339 397 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfallen
auf die Reichheitssozialisten 26 433 (voranschlägliche Zahl der
Stimme 6), U.S.P.D. 114 733 (24), Wirtschaftliche gemeinsame Liste
134 019 (29), Demokraten 29 336 (6), Kommunisten
30 846 (7), Deutsch-Soziale 393 (0). Die Wahlbeteiligung
betrug 80 Prozent.

Bürgerchaftswahlen in Lübeck.

(TU.) Lübeck, 14. November.

Bei den heutigen Bürgerchaftswahlen wurden insgesamt
6303 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung war ver-
hältnismäßig gering. Es erhielten die Stimmen: Die Mehr-
heitssozialisten 3107, die Kommunisten 425, die
vereinigte bürgerliche Parteien 19 672, der unpolitische Bür-
gerbund 329 und die Gemeindegenossen 3031. Danach entfallen
auf die Reichheitssozialisten von insgesamt 20 Sitzen
3 Mandate, auf die Kommunisten 3, auf die vereinigten
bürgerlichen Parteien 2, auf den Bürgerbund 3 und auf die
Gemeindegenossen 6. Bisher war das Verhältnis 42 Sozial-
isten gegen 2 Bürgerliche, jetzt 41:3, jedoch also die
sozialistische Mehrheit um zwei Sitze fiel.

Der Parteitag der Demokraten.

Der Parteitag der Demokraten, der jetzt tagend in
Göteborg insofern Bedeutung, als er zeigt, wohin die deutsche
Bourgeoisie tendiert. Die Deutsche Demokratische Partei, die sich
als die Partei der Republik, die eigentliche Trägerin der Ver-
fassung von Weimar bezeichnen, hat sich vollständig auf das Zu-
samengehen mit der Deutschen Volkspartei eingelassen. Noch
mehr. Die Demokraten, die schon in der letzten Zeit mehr oder
weniger dieselbe Politik wie die Volkspartei betrieben haben,
sprechen jetzt ganz die Sprache der Stinnespartei. Ihre Be-
reitheit, wiederum in die Regierung zurückzutreten, ändert
daran nichts. Sie werden in jeder Regierung um die Weg-
bereiterin der Stinneskoalition sein.

Der Parteivorstand Peter Petersen berichtet in seinem poli-
tischen Referat nur ein einziges Ziel: die große Koali-
tion. Die Koalition ist es. Die Frage, ob schwarz-rot-gold
oder schwarz-weiß-rot, soll heißen, ob Reaktion oder Re-
publik, geht die Demokraten nichts an. Ebenso trat
Katheman für die große Koalition ein.

Die Opposition, die sich auf dem Parteitag gegen das
eigen heimliche Tragen nach rechts regte, war äußerst schwach
und vollständig verlor. Die Demokraten, die Vertreter des
Großkapitals und eines Teils der klein-bürgerlichen Intelli-
genz, haben wohl den Versuch des Großkapitals unternommen.
Sie können sich aber dagegen nicht wehren; ihr Schicksal ist
vielmehr mit dem des Großkapitals verknüpft, weil es für den
Kapitalismus in Deutschland keine andere Entwicklung gibt
als die Stinnespartei. Der Parteivorstand der Opposition auf
dem Parteitag, Frey, sagte nicht anderes, als Kollegen
gegen die "Stinnespartei" und sehr gefährliche Worte an
"Verantwortlichkeit der Person" zu haben.

So heißt es bei Beginn des Parteitages in folgender
Resolution an:

Die Demokratische Partei ist als eine selbständige
republikanische Partei gegründet worden. Der Zweck ihrer

Gründung und der Inhalt ihres Parteiprogramms sind die
Sicherung einer nationalen und sozialen Politik auf dem
Boden der Demokratie. Unter den gegenwärtigen Verhält-
nissen ist eine Regierung auf möglichst breiter Grundlage zur
Verwirklichung dieser Ziele notwendig. Der Parteitag be-
grüßt die Regierung, die durch gründliche und offenerliche
Aussprache erreicht worden ist und spricht der Reichstags-
fraktion das Vertrauen aus."

Im ganzen ein offenerliches Bekenntnis der großen Koali-
tion. Der Parteitag der Demokraten mag als Beweis dafür
gelten, daß es in der Bourgeoisie keine "Stinnespolitik" mehr
gibt, sondern daß die bürgerlichen Parteien sich mehr oder
weniger einheits um das Großkapital scharen. Damit erweist
sich auch das letzte Argument für eine Koalitionspolitik mit
bürgerlichen Parteien als eine Seitenblase.

Die Washingtoner Aufteilungskonferenz.

Das amerikanische Programm zur Abrüstungskonferenz.

E.E. Washington, 12. November.

Präsident Harding hat die Grundsätze der Abrüstungskon-
ferenz in einer Erklärung festgelegt, die er den Journalisten
gegenüber abgab. Diese Erklärung lautet:

1. Eine engere internationale Zusammenarbeit ist erforder-
lich. Ohne daß Amerika dem Völkerbunde beiträgt, würde es sich
hoch dessen Wirken nicht entgegenstellen, vorausgesetzt, daß
dieses auf Europa beschränkt. Wo es einer engeren internatio-
nalen Zusammenarbeit bedarf, wird man die Mittel dazu in
persönlichen Zusammenkünften nach der Art der Washingtoner
Konferenz finden.

2. Obgleich die Vereinigten Staaten energischer Anhänger
der politischen Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit
Chinas sind, halten sie es für notwendig, in genau abgesteckten
Grenzen den Ansprüchen Japans Rechnung zu tragen, damit
dieses sich außerhalb seiner Grenzen auszuweiten imstande ist.
Die Schwierigkeit wird aber die Frage sein, unter welchen Be-
dingungen und bis zu welchem Grade eine solche Ausdehnung
Japans vor sich gehen könnte.

3. Bei der Festsetzung der Grenzen der Abrüstung muß die
Abhängigkeit Englands von der übrigen Welt betreffs der Zu-
fuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen berücksichtigt werden.

4. Die Lage Frankreichs muß in Betracht gezogen werden,
damit Frankreichs Befürchtungen beseitigt werden. Der Gar-
antievertrag zu dreien (Amerika, England, Frankreich) kann
nicht wieder aufleben, unter welcher Form es auch immer sei.
Aber Amerika kann, wenn der Augenblick geeignet ist, Frankreich
dadurch unterstützen, indem es auf Deutschland einen Druck
ausübt.

5. Die zu weit gehenden Hoffnungen der radikalsten Pa-
zifisten dürfen keine Ermutigung erfahren, insbesondere nicht in
der Richtung einer etwaigen vollständigen Unterdrückung der
Rüstungen.

6. Wenn diese Konferenz keinen Erfolg haben sollte, so wird
sie doch wenigstens den Zweck gehabt haben, die Hindernisse für
den allgemeinen Frieden offenzulegen und jene bloßzustellen,
die für diese Hindernisse die Verantwortung tragen.

Die Vertreter der vier imperialistischen Hauptmächte
auf der Washingtoner Konferenz veröffentlichten jetzt ihre
Programme. Nachdem James Balfour und der japa-
nische Botschafter in London gesprochen haben, nachdem
Priand mehrere Botschaften erließ, nimmt Harding das
Wort.

Die sechs "Grundsätze der Abrüstungskonferenz" sind
ein Meisterstück der Diplomatie. Während die ersten fünf
Punkte weitgehendstes Entgegenkommen gegenüber den
beiden Rivalen Japan und England vortäuschen, enthält
der sechste eine scharfe Drohung an Japan, hinter der man
beinahe die Kanonenermündungen der amerikanischen Bi-
nenienriffe zu erkennen glaubt.

Wenn diese Konferenz keinen Erfolg haben sollte, so wird
sie doch wenigstens den Zweck gehabt haben, die Hindernisse
für den allgemeinen Frieden offenzulegen und jene bloßzustellen,
die für diese Hindernisse die Verantwortung tragen.

Dieser Ton erinnert an den deutschen Diplomaten zu
Zeiten der Marokkokrise. Aber ein Unterschied ist da. Der
amerikanische Imperialismus von 1921 arbeitet nicht mit
der plumpen Brutalität des deutschen von 1913. Durch den
fortdauernden Appell an die "engere internationale Zu-
sammenarbeit", durch die Anerkennung der "Notwendigkeit",
in genau abgesteckten Grenzen den Ansprüchen Japans
Rechnung zu tragen, damit dieses sich außerhalb seiner
Grenzen auszuweiten imstande ist", treibt Amerika den
japanischen Gegner in die Enge, wirft auf ihn das Odium
des Friedensstörers, während es seinen eigenen Rüst-
plänen den Glanz der Friedlichkeit und Verhältnlichkeit so-
gar sichert.

Zugleich ist Hardings prinzipielle Anerkennung des
japanischen "Ausdehnungsbedürfnisses" ein neuer Hinweis
auf China, dessen angeblich von Amerika erstrebte "po-
litische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit"
nicht im geringsten die wirtschaftliche Unter-
ordnung und Ausplünderung ausschließt. Japan hat dem
"Daily Herald" zufolge vorgeschlagen aufs neue erklärt, daß
es nicht daran denkt, seine Truppen aus Sibirien
zurückzuziehen. Die mit Sowjetrußland verbundene
Fernöstliche Republik bleibt als ein weiteres Objekt
der imperialistischen Auseinandersetzung zwischen Wash-
ington und Tokio.

So ist es klar, daß die Washingtoner Beratungen tat-
sächlich eine Aufteilungskonferenz werden, ähnlich der Auf-
teilungskonferenz, die Bismarck 1890 zur Verteilung der
afrikanischen Beute einberief. Daß der Name Abrüstungs-
konferenz eitel Blendwerk ist, zeigen nicht nur die Aus-
führungen der Militär- und Marinefachverständigen in der
großen englischen Blättern, sondern auch Hardings fünfter
Punkt:

Die zu weit gehenden Hoffnungen der radikal-
sten Pazifisten dürfen keine Ermutigung er-
fahren, insbesondere nicht in der Richtung einer etwaigen
vollständigen Unterdrückung der Rüstungen.

Das hindert nicht die klugen Auslandspolitiker des
"Morning Post" voller Verantwortungsgefühl den besitzlichen
Arbeiter zu erzählen: "Es liegt kein Anlaß vor, daran zu
zweifeln, daß die Vereinigten Staaten mit dem schließlichen
Willen nach Washington gehen, Friedenspolitik im guten

Sinn des Wortes zu treiben, wenn das Prinzip der offenen Tür, wie sie es wünschen, durchdringt.

Flottenrüstungen, Kolonialeroberungen, Drohungen: das ist Amerikas „Friedenspolitik im guten Sinne“ vor Washington.

Was zumal Deutschland von der Aufstellungskonferenz zu erwarten hat, sagte Briand gestern bei einem Empfang der amerikanischen Journalisten:

Frankreich fordert keinerlei Verpflichtung seitens Amerikas, ihm militärisch beizustehen, sondern es wird sich ausschließlich selbst verteidigen. Wir stehen in Deutschland einer Bevölkerung von 70 Millionen Menschen gegenüber. Außerdem haben wir uns gegen die bolschewistische Gefahr zu verteidigen.

Dies ist die Abrüstung und dies das Programm der Abrüstungskonferenz.

Hardings Eröffnungsrede.

„Brüderlichkeit, guter Wille, Frieden.“

EE. Washington, 14. November.

Die Abrüstungskonferenz wurde heute vormittag in der Continental Memorial Hall um 10.30 Uhr eröffnet. Präsident Harding erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an die demütigsten Zeiten, da die verschiedenen alliierten Nationen in den großen Krieg eintraten, um die gemeinsame Sache zu verteidigen. Harding kommt dann zu dem eigentlichen Zweck der Konferenz und geht auf die Besprechungen ein, die gepflogen werden sollen. Harding stellt fest, daß die Völker Kriegsmüde geworden seien, und fährt folgendes aus: Die Aufgabe der Konferenz wird darin bestehen, die Ansprüche und die Wünsche der Brüderlichkeit, die sich aus dem großen Kriege ergaben, zu sammeln. Die Welt bricht unter der Last ihrer Schulden zusammen, sie wünscht, daß ihr diese Last von den Schultern genommen werde. Alle Mächte wünschen eine wirkliche Beschränkung der Rüstungen und fordern, daß der Krieg außerhalb des Geheißes gestillt werde. Die amerikanische Nation hat keinerlei Feind. Sie verteidigt keinerlei niedrige Zwecke und verächtlich keinen Feind. Wir wollen uns mit Ihnen an diesen Konferenztagen setzen, um ein Bekenntnis für unsere guten Willen und das internationale Verständnis abzulegen. Die Welt verlangt nach Ruhe. Aber keine Verbesserung kann erreicht werden, ohne daß alle Völker Opfer bringen. Wir wollen nicht sagen, daß jedes Volk auf sein Recht verzichten und seine Freiheit beschränken soll. Wir wollen die Ansprüche der Nationen nicht in Abrede stellen und die nationalen Notwendigkeiten nicht verkennen. Kein berechtigter Stolz soll gedemütigt werden, keine Nationalität unterdrückt werden. Aber wir haben eingesehen, daß wir in einem glücklichen Frieden einen ungleich höheren Anreiz finden als in den Vorbereitungen zu einem Kriege. Nichts kann verwirklicht werden, wenn wir die nationalen Befürchtungen außer Acht lassen. Wir müssen alle gemeinsam handeln, um diese Befürchtungen aus der Welt zu schaffen.

Nach Hardings Eröffnungsrede und Hughes' Abrüstungsrede ergreifen einzelne Delegierte das Wort. Sie beschränken sich auf die üblichen zustimmenden Höflichkeitssprüche. Mehr als aus ihren Reden erfährt man aus den Interviews der einzelnen Vertreter und aus der Stellungnahme der Presse.

Hughes' Abrüstungsvorschlag wird formell von allen Seiten mit der größten Herzlichkeit begrüßt. Scheinbar ist die Zustimmung für das Friedensprogramm der amerikanischen Bourgeoisie einhellig. Sogar der japanische Admiral Kato bezeichnet den Seeabrüstungsplan von Hughes als „würdig in Betracht gezogen zu werden“. Gleichzeitig aber nennt er ihn „zu weitgehend“. In dieser leisen Kritik zeigt sich, wenn der amerikanische Vorstoß geht, wen er bedroht: Japan.

Japan, als der schwächste der drei Rivalen, wird durch die gleichmäßige Flottenabrüstung am härtesten getroffen. Japan wird durch Amerikas huge Taktil des Entgegenkommens schon in den ersten Sitzungen in die Isolierung gedrängt. Dies ist das Hauptziel der Vereinigten Staaten. Die Flottenabrüstung ist nur ein Vorspiel, ein Auftakt zu der großen Auseinandersetzung um die Vorherrschaft im Stillen Ozean und in Ostasien. Hinter der Flottenabrüstung liegt China. Und dies ist die Gefahr für den amerikanischen Imperialismus. Er antwortet bereits mit einem Gegenangriff. Die japanischen Delegierten fordern als ersten Schritt zur Abrüstung die Beseitigung der amerikanischen Marinestützpunkte im Stillen Ozean, auf den Philippinen und der Insel Guam.

Aber die Japaner stehen allein. England kann nicht mit ihnen gehen. Die britischen Delegierten und die britische Presse nehmen das Hughes-Programm mit Befall auf. Der Admiral Kerr nennt „die Grundzüge des Planes im großen und ganzen gut“. Dieser Befall klingt gepreßt. Die englische Bourgeoisie muß den amerikanischen Vorstoß gegen Japan mitmachen, gegen ihren eigenen Willen. Sie weiß, daß die Aufhebung des Bündnisses mit Japan, das Mitgehen mit Amerika ein schwerer Schlag für sie selbst ist. Aber ihr bleibt keine Wahl. Die japanischen Dominions Kanada, Neuseeland und Australien sind ebenso wie die Trumptarke für Hughes wie die eine Milliarde Pfund Sterling englischer Kriegsschulden, wie der französische Druck in Kleinasien.

Wird England so ins amerikanische Schlepptau gegen Japan genommen, so sucht es gleichzeitig den Widerstand zu organisieren. Ein Washingtoner Telegramm meldet, daß die Mitglieder der britischen Marinelegation befürzt sind, daß die amerikanischen Vorschläge „zu weit gehen“. Auch in Londoner Zeitungen finden sich kritische Stimmen, die unter der Hand Japan ermutigen. Aber das ist nur eine schwache Segenwehr des unterliegenden englischen Imperialismus.

Noch enger als die englische wird die französische Position in Washington von Amerika beherrscht. Hughes war so klug, kein Wort von der Landabrüstung zu sprechen. Frankreich ist keine Seemacht ersten Ranges. Seine Landarmee bleibt unangefastet, sein Streben nach der Hegemonie über Europa ungehemmt. Dies ist der Preis für Briands Unterstützung gegen England und Japan.

So ist Amerikas Stellung, mit Frankreich als willigen und England als gezwungenen Helfer gegen die vereinsamte Japan ankers gänzlich. Der Kampf hat begonnen. Vorläufig spielt er sich am Verhandlungsstisch ab. Sicher ist, daß er auf die Dauer sich nicht auf Diplomaten und Rotenwechsel beschränken wird. Über China und Ostasien, Sowjetrußland und Deutschland: die vier unterdrückten Völker sind bereit als Preis und Opfer des imperialistischen Handels zu...

Das Steuerproblem im Klassenstaat.

Die schwankende USP.

Während sich die SPD. durch die Börliger Beschlüsse offen in den Dienst der Bourgeoisie gestellt und den Steuerkampf endgültig verraten hat, schwankt die USP. noch weiter hin und her. Die Arbeitermassen der Partei drängen zum Kampfe gegen die Ausraubung der Masse durch die Steuern und die Geldentwertung. Die Führerschaft, oder mindestens ein großer Teil, will absolut keinen Kampf, sucht die Wiedervereinigung mit der SPD. und die Teilnahme an der Regierung. Dieser schwankenden, unentschiedenen Haltung entspricht auch die wohlwollende Neutralität, mit welcher die USP. die Wirtschaftskollisionsregierung unterstützte.

Das Bestreben der Führer, zu der SPD. hinüberzuschwimmen, wurde durch die jüngsten Ereignisse, durch den offenen Verrat der SPD. sehr erschwert. Schon die neuen Steuerentwürfe zwangen die USP. zu einer schmerzvoll reflektierten Rundgebung: die „Freiheit“ schrieb am 9. August:

„Von der politischen Einsicht der Regierung hing es aber ab, ob sie bedingungslos vor dem Vloed der Steuerentwürfen kapituliert oder den ehrenvollen Versuch machte, das Kapital zur Tragung der Reparationslasten heranzuziehen.“

Es ist kaum anzunehmen, daß solche Erwartungen jetzt noch bestehen. Die Steuerentwürfe der Regierung Wirtschaft haben sie vernichtet. So sind Tausenden und Hunderttausenden erneut die Augen darüber geöffnet worden, daß guter Wille, menschlich lautere Absichten die großen Klassengegensätze weder aus der Welt schaffen, noch überbrücken können. Denn dadurch ist der Augenblick gekommen, wo die „Bewahrungskräfte“, die die Unabhängige Sozialdemokratie dem Kabinett Wirtschaft zur Durchführung der aus dem Ultimatum sich ergebenden Aufgaben gewährt hat, abläuft. Entsprechend ihrer am 4. Juni im Reichstag abgegebenen Erklärung, zunächst aus außenpolitischen Gründen, die „Laten“ der Regierung abzuwarten, ihr gegenüber aber jederzeit „die Klasseninteressen des Proletariats mit aller Entschiedenheit zu vertreten“, kann gegenüber den festigen Absichten der Regierung nur noch rüchrichtiger Kampf in Frage kommen.“

Aber der hier angelagte rüchrichtige Kampf ließ lange auf sich warten. Erst am 25. August erschien ein Aufruf der Partei, in sehr gemäßigtem Ton gehalten. Kein Wort gegen die SPD., deren Mitglieder im Ministerium, welches diese Steuerentwürfe einbringt, sitzen! Zentrum und Demokraten werden angegriffen, die SPD. bleibt unerwähnt! Und erst am 6. September beginnt der „Kampf“ der USP. mit einigen Volksversammlungen.

Was die Partei sonst geleistet hat, ist wirklich nicht viel. Die Kritik der Steuerentwürfe und der ganzen Finanzpolitik des Reiches wurde ziemlich treffend geübt. Dagegen fehlte es auch der USP. an einem positiven Finanzprogramm.

Die Ausführungen und Forderungen der USP. bewegen sich ganz und gar in dem Geiste des Beschlusses der Wiener Konferenz der 24-Internationale. Hier wie dort ist Silberding der geistige Führer. Das positive Finanz-Programm der USP. ließe sich beläufig folgendermaßen formulieren:

Das positive Programm der USP. geht von der gleichen unrichtigen Beurteilung der Wirtschaftslage aus wie das der SPD., von der Voraussetzung, daß sich die Wirtschaftslage Deutschlands auf dem Wege der Gesundung befinden, daß die Wirtschaft Deutschlands die Staatsausgaben decken könne: also eine Auffassung, welche der hier entwickelten absolut entgegensteht. Diese Auffassung wird öfter klar und deutlich ausgesprochen: so sagte Silberding in seiner programmatischen Rede im Reichswirtschaftsrat am 14. September:

„Wir haben in den letzten zwei Jahren eine Wiedergewinnung der Wirtschaft zu verzeichnen gehabt. Dr. Heim hat in der Sozialfürsorgekommission erklärt, er hoffe, daß in Klein- und mittleren Betrieben in ein bis zwei Jahren die Kriegsschäden überwunden sein werden und daß es zu einer Steigerung der Intensität der Produktion komme. Vertreter des Großgrundbesitzes haben ähnliches gemeint. Auch die Industrie hat ihren Produktionsapparat in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Unsere Wirtschaft ist im Gange.“

Und nochmals bekräftigt er es in seiner Rede: „Aus allen diesen Gründen müssen wir sagen: unsere deutsche Wirtschaft ist erkrankt, sie ist kräftig, und sie muß jetzt zunächst in den Dienst der Sanierung der Finanzen gestellt werden.“

Von dieser Erstickung und Gesundung ausgehend, glaubt die USP., daß Deutschland imstande sei, seine Verpflichtungen dem Staate und der Entente gegenüber zu erfüllen.

Es ist kein Zweifel, daß die Wirtschaft imstande ist, die Finanzen zu sanieren, daß sie imstande ist, uns über die nächste kritische Zeit hinwegzubekommen. Dann muß das dazu notwendige aber auch sofort geschehen. Denn ist nicht mehr zu verlieren.“ heißt es im Leitartikel der „Freiheit“ vom 16. September.

Also nicht die Wirtschaftskrise ist die Ursache der Finanzkrise, sondern die schlechte ungenügende Finanzpolitik des Reiches! Der Hauptfehler bestand nach Silberding darin, daß die Steuern in der sich fortwährend entwertenden Papiermark ausgesetzt wurden und bezahlt wurden, während die Erträge aus Produktionsmitteln den Eigentümern in Goldmark ausflossen, da die Leuerung mit der Entwertung der Papiermark parallel geht. Auf dieser Grundlage fordert die USP. durch den Mund Silberdings und in ihren Rundgebungen: „daß die Steuern in Form von Anteilen an den Erträgen der Wirtschaft erhoben werden, weil diese Erträge bis zu einem hohen Grade den fortschreitenden Schwankungen des Geldwertes folgen können“ (Silberding) populärer ausgedrückt im Vorwort als „Erfassung der Goldwerte“; ferner eine schärfere Erfassung der Einkommen, eine Reform der Art der Einkommensteuer-Erhöhung: statt der deutschen Form der Selbstverpflichtung des Einkommens wird das (tatsächlich bessere) englische System der Erfassung der Einkommen an der Quelle gefordert: endlich eine härtere Besteuerung der Börsen und vor allem des Debitenhandels, um die Kapitalpekulation zu bändigen.

Wenn wir von den kleinen Makrelen absehen, so liegt der Kern dieses Programms in der „Erfassung der Goldwerte“, in der Forderung, daß der Staat die Steuern in der Form einer Beteiligung an den Erträgen und an Einkommen erheben soll. Klarer ausgedrückt: in der geforderten Entwertung eines Teils der Produktionsmittel. Der Wert dieser Forderung hängt ganz und gar von ihrer Quantität ab: welchen Teil will die USP. enteilen? An diesem Punkte entscheidet sich die Sache. Nun, die USP. beschränkt sich einerseits auf die Hälfte, Silberdinga sagt in seiner erwähnten Rede: „Deshalb muß man unter Umständen die Mittel zur Erfassung aus der Substanz der Wirtschaft nehmen. Jeder wird es nur mit äußerster Vorsicht und im äußersten Notfall tun, wenn es aber nicht anders geht, muß dieses Mittel angewendet werden, um das deutsche Volk vor einer gefährlichen Krise zu bewahren.“

Der Herr Silberding ist sich des Manifests der USP. vom 2. August aus. Dort heißt es: „Es muß dem Reich ein erheblicher Anteil an den Goldwerten durch Geleis anvertrauen und dadurch ein erheblicher Anteil an den Einkommen aus diesen Werten garantieren werden. Wenn ein sozialistischer Arbeiter über den Wert seiner Arbeit zu einem Anteil an einem Reichs- oder Staatsvermögen würde, dann würde ein Anteil an dem Reichs- oder Staatsvermögen an die Reichskasse gebracht werden. Auf diese Weise...

würde endlich eine wirksame Heranziehung der Goldwerte der Besitzenden zu den Reichsteuern herbeigeführt werden.“

Also ein Fünftel oder ein Viertel! Dies deckt sich vollkommen mit der Forderung, des Reichs-Sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt, der in seiner Denkschrift ebenfalls eine Beteiligung von 20 Prozent fordert. Dieser Vorschlag würde nach den Berechnungen des Reichswirtschaftsministers dem Staate in Hypotheken auf den Grundbesitz und in Aktien von Industrieunternehmen ein Vermögen von 285, nach Aufhebung der Restriktionen der Zwangsbeteiligung aber circa 382 Milliarden Mark, und einen jährlichen Ertrag von 17 Milliarden Mark einbringen.

Es ist offenbar, daß dieser Vorschlag zur Lösung der Finanzkrise absolut ungeeignet ist.

1. Das Defizit des Reiches beträgt, wenn die Schätzung des Reichsanwalts bezüglich des Ertrages der neuen Steuern richtig ist, 20-50 Milliarden Mark, mit der durch die neue schreckliche Leuerung unumgänglich notwendig gewordenen Erhöhung der Gehälter, Löhne, Verteuerung aller Waren, die der Staat einläuft, aber wahrscheinlich 100 Milliarden Mark! Mit den erhofften 17 Milliarden ist die Finanzkrise absolut nicht gelöst, umso mehr, als durch diese Enteignung natürlich der Ertrag der allgemeinen Einkommen- und Vermögenssteuern um einige Milliarden — ein Fünftel — vermindert wird!

2. Die Form der Grundhypotheken liefert dem Staate keine Beteiligung am Goldwerte. Der Zinsenertrag wird in Papiermark bezahlt, ist eine fixe Größe. Bei der fortschreitenden Entwertung der Mark wird der reale Teil des Einkommens nicht mehr ein Fünftel, sondern ein Zehntel, vielleicht ein Fünftel betragen. Die Agrarier werden in 1-2 Jahren wieder entlastet sein.

3. Eine Aktienbeteiligung des Staates von 20 Prozent läßt die Verfügung über die Produktionsmittel und über den Gewinn unberührt in den Händen der Kapitalisten. Es wird sich das im großen wiederholen, was die bisherige Erfahrung mit den „gemischtwirtschaftlichen Betrieben“ im Kleinen gezeigt hat: daß der Staat bloß die Dividende bekommt, den größten Teil des Ertrages aber die führenden Kapitalisten einstecken werden. Nichts leichter, als den Nutzen einer Aktiengesellschaft in private Hände gleiten zu lassen: die Aufsichtsgänge des bürgerlichen Staates, die in der Diktation sitzen, werden gegen gute Beteiligung bei der Veräußerung beide Augen zudrücken. Der Staat wird daher keine Chance, sondern vielleicht zehn Prozent des jährlichen Ertrages erhalten.

4. Diese Lösung läßt den ganzen Aufbau des kapitalistischen Systems unangefastet, mit seiner Anarchie, seiner Spekulation, seiner ungeheuren Vergeudung von Werten! Die Wirtschaftskrise, welche nach unserer Auffassung die Grundlage der Finanzkrise bildet, bliebe bei dieser Reform unverändert bestehen!

Das Programm der USP. gibt keine Lösung. Aber es wäre doch ein kleiner Schritt zur Entlastung des Proletariats. Aber die Führer der USP. werden auch dieses unzulängliche Programm verraten. Denn sie wollen sich mit der SPD. vereinigen, die SPD. will es mit der Deutschen Volkspartei: und damit ist jeder Versuch einer wirklichen Erfassung der Goldwerte begraben! Daher sollte man vor allem Gewicht darauf legen, die USP. auf ihren eigenen Forderungen, so mangelhaft und ungenügend dieselben auch sind, festzunageln! Die Proletariatsmassen der USP. müssen stets auf dem laufenden darüber gehalten werden, inwiefern ihre eigenen Führer ihr Steuerprogramm einhalten, dafür kämpfen oder nicht!

Die kleinen Beamten sollen weiter hungern.

Reichstags-Sitzung vom 11. November.

Die Freitagssitzung des deutschen Reichstages begann mit kleinen Anfragen. Auf eine solche der USP. ver sprach die Regierung die baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und der Trunksucht. Die Regierung des unabhängigen Königs über die monarchistische Demonstration bei der Zeichenbesetzung des Königs von Bayern wurde dahin befriedigt, daß man Gegenleistung erkläre, man habe dem Generalleutnant a. D. „nur“ die letzten militärischen Ehren erwiesen. Ist das nicht herrlich? Des Ameringer Deserteurs Bitte soll nun, wie aus der Antwort auf die Anfrage von Curt Rosenfeld hervorgeht, endlich aus den Heiligen Hallen der wilhelminischen Ober-Justiz in Leipzig entfernt worden sein. Ob dies auch stimmt?

Das Gesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Invalidenrentenempfängern wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, der dafür Sorge tragen soll, daß noch vor der längeren Vertagung des Reichstages, die Ende nächster Woche beginnen soll, das Gesetz verabschiedet werden kann.

Die Besoldungsvorlage der Beamten.

Rummel kam es zur zweiten und dritten Lesung der Besoldungsvorlage für Beamte. Frau Ziegler begründete mit vielem Eifer, aber leider mit wenig Erfolg eine Reihe von Änderungsanträgen der USP., die später sämtlich gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen der Mehrheit verfielen. Dasselbe Schicksal teilte übrigens auch der kommunistische Antrag, der für alle Beamten mit Gehältern unter 3000 Mark eine einmalige Wirtschaftsbeteiligung von 3000 Mark und 500 Mark für jedes Kind forderte. Ein Regierungsvertreter mußte zugeben, daß es eine große Anzahl von pensionierten Beamten gibt, die trotz Arbeitslosigkeit 7-8 weigern, dem Reich für ihre riesig hohen Pensionen etwas zu leisten. Dem soll durch einen demnach vorzulegenden Gesetzentwurf entgegengetreten werden. Ablehnung fand auch der USP.-Antrag, den Beamten, die durch die neuen Mehrforderungen der Beamten entstehenden Kosten zu erziehen.

In der dritten Lesung ergriff noch einmal Genosse Blettner das Wort, um zum letzten Male die Forderungen der unteren und mittleren Beamten mit allem Nachdruck zu unterstützen. Er konnte verweisen auf die verzweifelte und kampfbereite Stimmung, die in den gestrigen Berliner Riesensammlungen der Berliner Beamten geherrscht habe. Der Einwand der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten, daß die Zustimmung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für die Annahme der Vereinbarung verpflichtend sei, nur an den haaren herbeigezogen. Wenn die Parteien hier erklären, daß die festgelegten Bezüge unzureichend sind, so erwidert ihnen die Pflicht, den Beamten gleich anständliche Gehälter zu bewilligen. Ein se nicht, so erwidert sich ihre glatten Reden als blande Demagogie, die um so widerlicher wirken muß, weil der Reichstag sich schließlich selbst anständig hat. Die täglich wachsende Leuerung hat die fest bewilligten Erhöhungen längst überholt und da ist es empor, daß man den unteren Beamten nicht einmal das Existenzminimum bietet, während den oberen das dreifache, vier- und fünffache des Existenzminimums zugesichert wurde. Die Stimmung der Beamten deutet auf Sturm. Wir Kommunisten werden keine Anstrengungen unterlassen, alle Schritte, die die Beamten und Staatsarbeiter für notwendig erachten, zu unterstützen. Wir werden ihnen sagen, sie sollen schon morgen neue Forderungen einreichen und alles tun, um durch äußeren Druck in Solidität mit der Gesamt-

Proletarier, einigt Euch zum Kampf ums Leben!

Diesen für alle unsere in der Gewerkschaft tätigen Genossen wichtigen Artikel entnehmen wir der letzten Nummer des „Kommunistischen Gewerkschafters“. Wir empfehlen allen Arbeitern das Abonnement des „Kommunistischen Gewerkschafters“ als ein wertvolles Lektüremittel im Kampf für die Umgestaltung der Gewerkschaft von Parteiverbänden mit dem Kapital in Klassenkampforganisationen für die Interessen der Arbeiterklasse. (Die Redaktion.)

Unaufhaltsam treibt der deutsche Kapitalismus seinem Zusammenbruch entgegen. Niemand vermag indessen zu sagen, wann der herrschenden Klasse die letzte Stunde schlagen wird. Ob der Sturz der deutschen Bourgeoisie, deren Existenz mit dem Leben von Millionen unerträglich geworden ist, früher oder später eintritt, das hängt in erster Linie ab von der Kraft und Einheit der Arbeiterklasse.

Wie während die Grundlagen der herrschenden Gesellschaft geworden sind, geht deutlicher als aus anderen Tatsachen daraus hervor, daß die Sozialdemokratie es nur zögernd und unter starkem Widerspruch ihrer eigenen Anhänger wagen kann, die von ihr seit 1914, und namentlich seit November 1918 getriebene Politik fortzusetzen.

Der Wesenskern dieser Politik ist das Bestreben, den Klassenkampf durch friedlichere Formen abzulösen. Die Sozialdemokratie wagte im November 1918 nicht, die Arbeiterklasse aufzurufen, um aus der halben Revolution des 9. November eine ganze Revolution zu machen. Ihre Besten, denen der Sozialismus mehr als ein Lippenbekenntnis war, glaubten, es sei klüger, wenn man der Sache — will sagen dem Kapitalismus — den Schwanz stückweise abhade. Gestützt auf den bürgerlichen Parlamentarismus, befreit von den „täppischen“ Arbeiterräten, würde es auch ohne sozialistische Mehrheit im Bunde mit den demokratischen Elementen des Bürgertums möglich sein, eine Politik der friedlichen Reformen und der langsamen, aber sicheren Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft zu betreiben. Diese Reformarbeit werde der Sozialdemokratie immer neue Anhänger und schließlich eine sichere Mehrheit zur Durchführung des Sozialismus sichern.

Bereits im Dezember 1918, als erstmals in der Chausseestraße in Berlin Maschinengewehre gegen Arbeitslose gerichtet wurden, wurde diese Auffassung als verderbliche Utopie enthüllt.

Jedoch es war eine verschwindende Minderheit des Proletariats, die erkannte, daß die deutsche Revolution nur von der Arbeiterklasse und nur in rücksichtslosem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie weitergeführt werden kann. Den einflussreichen Sozialdemokraten gelang es aber, in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftsführern die Unzufriedenheit auf die Spartakisten abzulenkten. „Wenn diese vernünftiger wären, wenn diese nicht die Geschäfte der äußersten Reaktion besorgten und der Demokratie in Feindschaft gegenüberstünden, dann könnten die Früchte der Novemberrevolution ausreifen und in aller Ruhe vom Proletariat geerntet werden.“

Wir müssen heute rückschauend feststellen, daß auf diese Weise die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie das deutsche Proletariat in stärkster Weise beeinträchtigten und die revolutionäre Latenz lähmten. Nicht nur im Dezember 1918 und Januar 1919, nein auch im März 1919, beim Kapp-Putsch — um nur die wichtigste Etappe zu nennen — und im März 1921. Stets hat es bisher die Sozialdemokratie verstanden, die Verantwortung für ihr Vorgehen mit dem schärfsten Klassengegner des Proletariats auf dessen revolutionären Flügel abzuwälzen.

Nun aber hat die Situation gründlich gewechselt. Am 31. August ist die große proletarische Masse geschlossen gegen die reaktionäre Bourgeoisie aufmarschiert. Das

Sehnen von Millionen sozialdemokratischer Arbeiter nach der proletarischen Einheitsfront war erfüllt. Man muß die Stimmung, die nach dem 31. August in allen Arbeiterkreisen herrschte, kennen, um die Wirkung des Görlicher Beschlusses zu verstehen. Dort in Görlich hat die Sozialdemokratie der Schwerindustrie ein Bündnis angeboten, derselben Schwerindustrie, gegen die die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit ungeheuren Opfern um die Erhaltung ihrer Existenz kämpfen müssen, derselben Schwerindustrie, deren bedeutendster Repräsentant Stinnes, nach den Worten eines christlichen Arbeitersekretärs zur Erreichung seiner Ziele „über Leichen geht“, derselben Schwerindustrie, die gegenwärtig die Finanznot des Reiches zum Anlaß einer vollendeten Erpresserpolitik nimmt, derselben Schwerindustrie, die mit zynischer Offenheit dem Reich die erforderlichen Kredite nur gewähren

Sozialdemokraten an der Regierung verhindere eine rücksichtslose Wahrung der Bourgeoisieinteressen und ermöglichte eine Politik des Ausgleichs, womit dann der Klassenkampf — in Görlich jagte man Bürgerkrieg — vermieden werde. Und diese Leute nennen sich Marxisten!

Daß dieses sozialdemokratische Experiment der Arbeiterklasse nicht im geringsten nützt, ihr aber ungeheures Leid und Leiden beschert, das hat sogar die „Freiheit“ ganz klar begriffen. Der einfache Arbeiter, der täglich spürt, wie ihn die Faust des Kapitalismus härter umklammert, bemerkt, daß der Refrain aus dem Unternehmertager lautet: Prolet, entbehren sollst du, du sollst entbehren.

Mit welcher Ausdauer das Unternehmertum die Beseitigung des Achtstundentages betreibt, das zeigt „Die deutsche Arbeiterzeitung“ vom 6. November. Sie schreibt:

„Für jeden, der sich den Luxus der Objektivität leisten kann, ist es ganz klar, daß der Achtstundentag ein Unsinn ist.“

In der gleichen Nummer wird der Vortrag des Konful Klönne-Dortmund wörtlich wiedergegeben. Dieser Anwalt der Unternehmung kam bei einer Besprechung der Lohnfragen zu dem Schluß, „daß es gerade im Interesse der Arbeiter notwendig ist, zielbewußt auf Niedrighaltung der Löhne hinzuwirken“. Ob Konful Klönne Mitglied der Deutschen Volkspartei ist, wissen wir nicht, aber darüber herrscht Gewißheit, daß die Deutsche Volkspartei die Partei der Arbeitgeber-Verbände ist, daß sie von diesen die Stichwörter für ihr praktisches politisches Wirken erhält.

Das Programm der deutschen Arbeitgeberverbände ist klar und eindeutig und jeder Proletarier kann sich vorstellen, was für die Lohnsklaven eine Stinnesregierung bedeutet. Die Situation ist für die Arbeiterklasse überaus ernst. Es mangelt zwar der Arbeiterklasse nicht an Kraft, um die Beseitigung des Achtstundentages zu verhindern und die Steuerlasten auf die Bourgeoisie abzuwälzen. Kein Zweifel: dazu hätte die Arbeiterklasse Kraft genug, aber die Sozialdemokratie hat das Proletariat neuerdings zerrissen, sie hat einen Teil der Kraft des Proletariats an die Bourgeoisie ausgeliefert, und die Kapitalisten im gleichen Maße gestärkt, wie sie die Arbeiterklasse geschwächt hat.

Die Aufgaben, die sich in dieser Lage für die Arbeiter ergeben, sind ganz klar und lassen sich in den Satz zusammenfassen: Herstellung einer einheitlichen und geschlossenen Kampffront des Proletariats. Die zusammenstürzenden Trümmer des Kapitalismus drohen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begraben. Trotz verzweifelter Gegenwehr vermögen die „Väter“ und Gehaltsempfänger ihr Heileinkommen nicht dem sinkenden Geldwert anzupassen. Kommt zu dieser Entwicklung noch eine Erledigung der Steuerfragen im Sinne der Schwerindustrie, wird der innerpolitische Kurs von Stinnes bestimmt, so ist grinsendes, mörderisches Geld der schändliche Begleiter jedes Proletariats.

Es gibt nur ein Mittel, um das zu verhindern, das ist der Zusammenschluß des Proletariats zum rücksichtslosen Kampf um seine Lebensinteressen. Die mehrheitssozialistischen Arbeiter müssen aufgeklärt werden, damit sie ihre Stimme in alle Ecken und Enden des Reiches gegen den Pakt mit Stinnes erheben und ihre Führer zwingen, sich offen für oder gegen die Arbeiterklasse zu erklären. Die Zukunft der Arbeiterklasse hängt davon ab, ob es die deutschen Arbeiter verstehen, sich in nächster Zeit trotz alledem und alledem zum gemeinsamen Kampf zusammenzufinden. Die Klassenbewußten Mitglieder der Gewerkschaften sind in erster Linie berufen, die Bahnbrecher einer geschichtlichen Notwendigkeit zu sein.



Sowjet-Rußland

in Bild und Wort

Donnerstag, 17. November, abends 7 1/2 Uhr.

bei **Bräuer**, Popelwitzstr. 36 findet ein öffentlicher

Lichtbilder-Vortrag

Eintritt für Erwachsene 2.— M., Kinder 0.50 M.

Helft den hungernden Arbeitern und Bauern Sowjet-Rußlands!

Hilfskomitee für Sowjet-Rußland.



will, wenn dafür der Achtstundentag beseitigt und die sonstigen sozialen Gezele aufgehoben und die Eisenbahn der Ausbeutung der Privatindustrie übergeben haben will. Im Unterschied zu früher kann die Sozialdemokratie diesmal für die Preisgabe der proletarischen Klasseninteressen nicht die Kommunisten verantwortlich machen. Da es somit der Sozialdemokratie jetzt an der nötigen Klugheit mangelt, erkennen auch die mehrheitssozialistisch gesinnten Arbeiter, daß es, um einen Ausdruck der „Freiheit“ zu gebrauchen, ein Verbrechen an der Arbeiterklasse ist, wenn die Herren Braun, Severing und Sieling mit den Richtern, Böllig und Konsorten in einer Regierung sitzen.

Im preußischen Landtag haben die Bürgerlichen, ebenso wie im Reichstag eine Mehrheit. Warum macht das Bürgertum von seiner Mehrheit keinen Gebrauch? Nun, die Herren wissen sehr gut, daß die maßlose Ausbeutung des Proletariats, die der Weiterbestand des Kapitalismus erfordert, daß sich das vorerwähnte Programm der Schwerindustrie, daß sich die Abwälzung der gigantischen Steuerlasten auf die Schultern des Proletariats nicht durchführen läßt, wenn der wahre Charakter einer Stinnesregierung nicht durch einige sozialdemokratische Feigenblätter verdeckt wird. Die Mehrheitssozialisten huldigen der Illusion, die Teilnahme einiger

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein

Nachdruck verboten.

Zeitvertreib, gelangweilt, schritt Abel mit der Kommission dahin, die der Reihe nach die Stallungen, Scheunen, Maschinenhäuser und Kanäle besichtigte, um mit großer Sorgfalt das Gut zu übernehmen. Er selbst wurde äußerst höflich behandelt, man hatte ihn im Auto abgeholt, so aufs Gut gebracht. Ein kleiner unterlegter Mann, der in Jagdtiefeln und mit einem Regenschirm durch den schlammigen Morast schlurfte, erklärte laut und wichtigertisch, der Boden, die Mutter Erde, gehörte allen, mir, dir und ihm, und könne keinesfalls Privatbesitz sein. Gleich den Sonnenstrahlen oder der Luft. Eben deshalb muß nun auch dieses Privatgut kommuniziert, beziehungsweise der Produktionsgenossenschaft übergeben werden. Und nun begann er die genossenschaftliche Produktion zu preisen. Dabei glitten in dem schlüpfrigen Morast immer wieder seine kurzen Beine aus, er mußte nach Atem ringen, und da stockten für lange Minuten seine Worte. Mitunter begann er in der Mitte eines Wortes auszugleiten, in einer unbestimmten Richtung, mit suchelnden Armen.

„Sie müssen einsehen, das alte Produktionsystem ist zusammengebrochen und an seine Stelle tritt mit der Eisenkraft der Wahrheit die kommunistische.“

Er glitt aus. Das Wort blieb ihm in der Kehle stecken. Sein bezwideretes Gesicht spähte entsezt danach aus, wo er wieder festen Fuß werbe lassen können; sei es auch nur für einen Augenblick, wenn auch nicht mit der Eisenkraft der Wahrheit.

„...schaft!“ — Klang es nach etlichen Augenblicken triumphierend. Dann entsprudelten ihm wieder die theoretischen Klugeleien.

Seine Begleitung, meist sahlgerechte, schlichte, wortfuge, häßlichende Arbeiter, lauften ihm gelassen: er schien ihnen in dieser Sache nichts neues zu sagen. Abel schenkte ihm keine Aufmerksamkeit, er hungerte gleichsam mit gewelterter Seele zwischen diesen Menschen herum, mit zur Umarmung ansehbare, empfindsamer Seele: voll abschiedswehender Sentimentalität drückte er die Hände, die Bäume, die Scheunen, die traurigglotzenden Döfen, das Geschöß, das ganze Geschöß an

sich, vermochte nicht den wirtschaftlichen Ausführungen des gelehrten Mannes zu folgen.

Der einzige Mann, der mit imponierendem Selbstbewußtsein aus der Gruppe emporragte, durch einen schönen, männlichen Wuchs, der sicheren und vornehmen Haltung seines kraftvollen, gutgeformten Körpers, aber auch durch das herablassende, etwas spöttische Lächeln des beschleiden, hoffärtigen Gesichtes — war Marton von Marczibazy, der Verwalter. Hatte ein Richterung diese Gruppe betrachtet, der das Geheimnis und den Kern ungarischer Verhältnisse nicht kennt, er hätte nichts anderes denken können, als daß dieser hochgewachsene, stämmige, sonnengebräunte, lässig lächelnde Mann der Herr und Gebieter über all dies sei, und die ihn umgebenden seien seine Diener, Lakaien, unterwürfigen Knechte. Wahrlich, ein Vortrager aus der Ferne hätte nicht zu denken vermocht, daß diese unansehnlichen Menschen, diese beschleidenen, um Verzeihung bittenden, linkschen Männer jene sind, hinter denen alles Gewesene liegt, ausstarrende, ehrliche Arbeit, Ausbeutung, Unterdrückung, Schleppe der Bestklassen, Wohlhabenheit, Bewußtlosigkeit, übige Sorglosigkeit, daß dies jene sind, die aus den untersten Tiefen, wohin sie selbsttätige, ehrliche Luraneier der Ausgewählten gestiegen, nun, da sie ihre Ketten zerbrochen haben, auf die Anhöhen des Lebens emporgeirrt sind, um eine rechtliche neue Welt aufzubauen. Kein, ein fremdes Auge konnte ihnen nicht ansehen, daß dieses hier die mit voller Macht ausgerüsteten Vertreter des siegreichen Proletariats sind, die nun von den herrlichen Gemäuerungen den Quasibauern, den jauchenden Parasiten, den ewigen und unerbittlichen Feind jaulenden. Und kein Fremder hätte zu denken vermocht, daß dieser runderliche milde, fast wohlwollende, bescheidene, kaum anwesende, ja sogar demütig und matt lächelnde Mann, daß Abel der Besitzer des Kapitels, des Geschößes, des Gutes, der tausend Joch Felder sei, der anspruchsvolle Besitzer des Ertrages, daß die Arbeit und Anstrengung vieler hundert und aberhundert arbeitender, gekrümmter Hände hervorgebracht hat, der Ruhnießer, der bloß gelebt, gegessen und verbaut, der nichts getan hat, und für den alle geät und gerntet haben. Und kein Fremder hätte ahnen können, daß der herrliche, Überlegene, herausfordernde, jeden geringschätzende Marczibazy bloß ein Angehöriger, ein Verwalter, ein beherrschter Mensch sei, der nichts anderes besitzt als seinen Stolz, sein gewalttätiges Herrtüm, seine grausame rohe Natur, seine Unwissenheit, seinen verächtlichen Leichtsin und das privilegierte, sorgfältig ererbte Talent, sich mit leerem Kopf und leeren Taschen, mit

leichtsinigem Müßiggang noch immer Privilegien zu erschleichen, als mühten hier noch immer alle für ihn leben und schuften, seinen Befehlen lauschen, ihm als Beute dienen. Eigentlich aber gehörte ihm schon seit langem nichts mehr. Bereits sein Großvater war es, der damals älteste Marczibazy, der bei Zigeunermusik, Wein und Kartenpiel die Ueberreste des geerbten Besitzes in die Hände von Abel Großvater gelangen ließ. Und seither leben diese Leute von der Hofart des einfügen Reichums und Heerfeins, von Schulden, Kartenpiel, verirrten Diebstählen und stets mit solcher Gebärde, als ließen sie bloß aus Vornehmheit zu, daß andere — arme Ameisen — aus ihrem Gute etwas herauszuschlagen versuchen. Auch nun betrachtete er mit herabiger Ueberlegenheit all diese Dinge, die hier auf dem Rücken der gebuldrigen Erde geschahen, als wäre er es, den jetzt die ausgemergelten Arbeiter, die vorlauten, verlauchten Bauern in den Hintergrund brängen wollen, als wollten diese armeligen, verückt gewordenen Kerle ihm das Gut und die Macht entwenden. Und sein prählendes, stolzes Lächeln schien zu sagen: ihr könnt machen, was ihr wollt, kleine Dreckerle, trotzdem bin ich der Herr von und zu Marczibazy, trotzdem sind wir seit Jahrhunderten die Herren dieses Bodens, glaubt ihr wirklich, damit könne es nun einfach zu Ende sein? Wimmelt nur drauf los, kleine Würmer, wir lachen über euch, lassen euch alldies tun, denn so beliebt es uns.

Dieser Ausdruck prählte auf dem breiten Gesicht des Verwalters, da er lächelnd mit der Sozialisierungskommission dahinschritt, mit der Heitrigkeit auf seine Stiefelschäfte hieb und wenig sprach.

Nachdem die Wirtschaftsgebäude besichtigt worden waren, kehrten sie in die Kanäle zurück. Vor der Tür stand im verächtlichen, schmutzigen Gewand und in beschmiereten Stiefeln ein wartender Mann. Zwischen den Fingern prekte er nervös einen abgebrochenen krummen Stod zusammen, und an diesem Stod sowie an seinen Stiefelschäften blühten gleichsam als Ueberreste verflorener Zeiten weiketrodnete Koffschichten. Dieser alte, nie abgetragte Dred verknüpfte bereits aus der Ferne dieses Mannes unbeholfene Selbstüberlassenheit, seine Pettefanz, das Kennen nach hunderten Richtungen, jede Aufhaltung der eigenen Person. Auch auf seinem Gesicht lag Demut, ängstliche Autoritätsverehrung und die ewige Beförderung, es sei wieder nicht gut gemacht und es sei nicht genug, was er gearbeitet, und nun wird er wieder gescholten werden. (Fortsetzung folgt.)

Provinznachrichten

Der 9. November in Langenbielau.

Der 9. November! Eisig! Ein frühzeitiger Wintertag. Die Schneeflocken, das Wahrzeichen der tiefen Tegetfabriken, qualmen heute nicht. Sämtliche Betriebe ruhen. Die Vertreter der Arbeiterschaft, Betriebsräte, Gewerkschaftsleiter und die politischen Arbeiterparteien hatten beschlossen, diesen Tag des Proletariats durch Arbeitsruhe zu feiern. Am 5. November fand hier eine öffentliche Volksversammlung der SPD. statt. Die Versammlung forderte einstimmig, daß zu der Feier des 9. Novembers Redner aller drei Arbeiterparteien sprechen sollten. Die darauf eingeleiteten Schritte führten zu einer Verständigung in dieser Frage.

Der große Saal „Zur preußischen Krone“ in Niederlangenbielau war zum Brechen voll. Der hiesige Arbeitergefangenenverein leitete die Feier durch einige gut zu Schörs gebrauchte revolutionäre Lieder ein. Als erster Redner sprach von der SPD. Reichstagsabgeordneter Felsmann. In seiner Rede führte er aus, daß trotz der Revolution das Volk immer mehr im Elend versinkt. Er geißelte scharf das niederträchtige Gebaren der Kriegs- und Revolutionsgewinnler, welche auf Kosten der Arbeiter ungeheure Gewinne einstecken. Er forderte zum Schluß seiner Rede die Arbeiterschaft auf, wenn es nottut, mit allen Mitteln die Republik zu verteidigen. Heger Weisfall wurde ihm zuteil. Als zweiter Redner kam Genosse Klein-Scheber von der SPD. an die Reihe. In wuchtiger hinreißender Rede geißelte auch er die unerträglichen Zustände für die Arbeiterschaft in unserer glorreichen Republik. Der 9. November 1918 hat für die Arbeiterschaft herzlich wenig an Errungenschaften gebracht. In diesem Tage, wo die Bourgeoisie, aus Angst vor dem Kommenden, sich feige verhält, hätte das Volk auch den Weg zur sozialen Revolution finden können, hätten nicht verschiedene Parteien so traurig verhandelt. So hat uns der 9. November 1918 nichts weiter als die jamose bürgerliche Republik gebracht. Was das für die Arbeiterschaft bedeutet, spürt jeder Arbeiter an seiner sich ständig verschlechternden Lage. Die Arbeiterschaft darf sich aber mit diesen bestehenden Zuständen nicht zufrieden geben; sondern es ist die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit des gesamten Proletariats, ohne Unterschied der Partei, die damals begonnene Revolution im marxistischen Sinne weiter zu treiben, bis aus dem Trümmerhaufen der bestehenden kapitalistischen Republik die rein proletarische, die sozialistische Republik entsteht. Um dieses für das hungernde Proletariat so unbedingt notwendige Ziel zu erreichen, ist es unerlässlich, daß das Proletariat in allen Ländern gemeinsam vorwärts rückt, denn nur die Weltrevolution wird die Arbeiterschaft aller Länder aus Not und Elend erretten. Er schloß mit den Worten, daß auch die Kommunisten die bestehende Republik schützen werden vor jedem Angriff der monarchistischen Reaktion, selbst mit der Waffe in der Hand. Brauereier Beisfall bezeugte, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen habe. Der Arbeitergefangenenverein gab noch ein Lied zum Besten, darauf formierte sich der Demonstrationzug. Es waren an die 200 bis 250 Teilnehmer. Im Zuge befanden sich zwei rote Fahnen. Auf dem Banner der SPD. stand: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“. Auf dem Banner der SPD. leuchtete der Sowjetstern. Der Zug bewegte sich ins Vorwärts und dann zurück bis zum Amtsgebäude. Dort sang der Arbeitergefangenenverein noch ein herrliches Revolutionslied. Genosse Felsmann brachte ein Hoch auf die Republik, Genosse Klein ein Hoch auf die Weltrevolution aus, in das die Massen begeistert einstimmten. Darauf ließ sich der eindrucksvolle Demonstrationzug auf.

Schweidnitz. (Die Straube ohne Ende.) Hier erwideln sich auf dem Markt für landwirtschaftliche Produkte Zustände, die geradezu zum Himmel führen. Baum haben die Agrarier durch Zurückhalten der Kartoffeln Preise durchgesetzt, die dem 35-Machen des Friedenspreises entsprechen. So kommt jetzt Butter und Milch an die Reihe. Die Butterpreise sind in der letzten Zeit sprunghaft erhöht worden; weil die Bevölkerung dies ohne Widerspruch hinnahm, wegen der Bluffungen an deutschen Volk einen neuen Ausbruch. Mit dem 1. November ist ohne jede Verzögerung der Milchpreis von 2,90 Mark auf 3,60 Mark für den Liter Vollmilch erhöht worden, dies sind nicht weniger als 22 Prozent. Die Landwirte begründen die Erhöhung der Milchpreise mit den erhöhten Futterpreisen, so rächt sich die verbrecherische Politik der Subventionen und Helferriche aus der Kriegszeit noch heute am Volke. Wie ein Kanibale, welches Blut geleckt, so hat diese Hyäne in einem wahren Rausch versessen. Bei ihrem Tanz um goldene Halb haben sie gar nicht gemerkt, daß es inzwischen ein papierne geworden ist. Und nun für Arbeiter, Angestellten, Beamten, was gebührt ihr zu tun? Ruhe und Ordnung, brücken die im bürgerlichen Lager, sei erste Voraussetzung für die Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft. Hierbei werden sie noch helfen können von der Sozialdemokratie unterstützt. Dabei haben diese Herrschaften gar kein Interesse an Ordnung, nur das arbeitende Volk soll Ruhe und Ordnung halten, damit die Ausplünderung des deutschen Volkes ungehindert vor sich gehen kann. Je größer die Unordnung, desto leichter kann der Räuber blühen, umso schrankenloser können die Preise erhöht werden. Arbeiter, Angestellte, Beamte, zwingt eure Gewerkschaften, diesen schamlosen Treiben ein Ende zu machen. Bedenkt, alle Preise sind um das 20-, 30-, ja Hunderte gestiegen, und eure Löhne, im besten Falle, um das 8-10fache. Nicht allein das Stellen neuer Lohnforderungen hilft Euch aus der Not. Die Unternehmer verstehen es immer wieder, ihre Preise schneller in die Höhe zu treiben, als ihr mit euren Löhnen nachkommt. Denn je höher die Löhne sind, je höher ist der Unternehmergewinn. So ihr trotzdem Lohnforderungen stellen müßt, dann verhindert die Abschaltung auf die Ratten, sonst werdet ihr sehen, daß ihr vom Regen unter die Traufe gekommen seid. Fordert Kontrolle der Produktion, damit ihr Einfluß auf die Preisbildung bekommt. Dann rüfft Euch einmal an, schüttelt die Gleichgültigkeit ab, tretet ein in die Reihen der Massenkämpfer, ehe es zu spät ist. Die Reaktion will Euch durch Hunger überlistet und geißelt terrorisieren, damit ihr keinen Widerstand mehr leisten könnt. Nicht mit Stimmlos, sondern gegen Stimmlos muß der Kampf sein.

Aus dem Waldenburger Revier.

Wie die kapitalistische „Ordnung“ ausieht.

In Felshammer werden Schulen wegen Kohlenmangels geschlossen. — Wegen Kohlenüberfluß droht man mit Feiertagsschichten.

Am 8. November schrieben wir in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ darüber, daß auf der konj. Wenzelsgrube in Hausdorf 4000 Bergarbeiter einen Tag feiern müßten, weil angeblich nicht genügend Waggons zum Abtransport vorhanden waren. Wir schloßten daran die Befürchtung, daß die Grubenbarone mit diesen auch für die Zukunft in Aussicht stehenden Feiertagsschichten den Zweck verfolgen, die Arbeiter einzuschüchtern, Lohnforderungen zu stellen. Jetzt kommt aus Felshammer eine ähnliche Meldung, die so recht die Anarchie in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeigt.

„Seit drei Jahren brüllt die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, unterstützt von der Sozialdemokratie, Ruhe und Ordnung sei unbedingte Voraussetzung, wenn die deutsche Wirtschaft wieder hochkommen soll. Ein Beispiel, wie diese Ordnung aussieht, wird der hiesigen Bevölkerung vorgeführt. Seit Freitag, den 4. November, ist die Schule geschlossen wegen angeblichen Kohlenmangels und fünf Minuten davon ist eine Kohlengrube. Aber es kommt noch besser, seit Anfang November tragen sich die Grubenbarone mit der Absicht, Feiertagsschichten einzulegen, wegen zu großer Lagerbestände. Wenn die Arbeiterschaft nicht den

Genosse!

Hast du schon mindestens einen Arbeiter für unsere Partei gewonnen?

Hast du schon mindestens einen Leser für die „Schles. Arbeiter-Zeitung“ und die sonstige kommunistische Presse gewonnen?

Bieviele indifferente und sozialdemokratische Arbeiter hast du schon in unsere Versammlungen gebracht?

Spürst du die Leuerung nicht oder glaubst du nicht, daß nur eine große, starke, wohlorganisierte Partei die Massen erfolgreich in den Kampf führen kann?

Hast du für die Hungernden in Sowjetrußland neuerlich soviel gesündigt, als dir möglich ist?

Begreifst du nicht, was Sowjetrußland für uns alle bedeutet und geopfert hat?

Begreifst du nicht, daß du dir selbst am meisten hilfst, wenn du Sowjetrußland hilfst?

Begreifst du nicht, daß es deine selbstverständliche Pflicht ist, Sowjetrußland zu helfen?

Genosse, erfülle deine Proletariatspflicht!

9. November gefeiert hätte, wäre es schon diese Woche zu Feiertagsschichten gekommen. Also auf der einen Seite müßten Arbeiterkinder die Schule meiden wegen Kohlenmangel, und auf der anderen Seite müßten die Väter feiern wegen zu viel Kohle. Das ist der beste Anschauungsunterricht für Eltern und Kinder. Heuchlerisch tritt diese verlotterte Gesellschaft hin und jammert: es muß wieder Rucht in unser Volk hinein, damit es wieder Ordnung schätzen lernt, gleichzeitig überläßt man die Kinder der Straße und die Väter dem Elend und schimpft empört über die gesunkene Moral. Arbeiter nicht die Lehre aus diesem Beispiel und erkennen, daß diese Ordnung wert ist, gestürzt zu werden. Nur die Arbeiterschaft ist imstande, diesen schandvollen Zustand ein Ende zu machen und durch Einführung des Kommunismus eine neue, eine schönere Welt aufzubauen.“

Neuer Tarifvertrag in der feinsten Feinindustrie.

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen in Eisenach setzen in der gesamten feinsten Feinindustrie lebhafteste örtliche Lohnbewegungen ein. Die Unternehmer erklärten überall, durch Weichheit ihrer Organisation gebunden zu sein. Die Folge waren umfangreiche Streiks, in die mit Ablauf der letzten Oktoberwoche circa 30 000 Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes, von rund 60 000 Mitgliedern überhaupt, verwickelt waren. Die Unternehmerorganisation hatte beschlossen, am 29. Oktober sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der feinsten Feinindustrie auszuhebeln. Die Arbeiter in den bayerischen

Porzellanfabriken wandten sich an das Landesarbeitsamt in Nürnberg um Einigungsverhandlungen.

Demzufolge waren die Parteien für den 20. Oktober nach Nürnberg geladen samt den Zentralvorständen der beiderseitigen Organisationen. Die Arbeitgeber lehnten es ab, einem etwaigen Sondertarif für Bayern zuzustimmen und verlangten, daß Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Reichstarifs vor dem Reichsarbeitsministerium in die Wege zu leiten seien. Es wurde vereinbart, in Dresden ein Schiedsgericht zu bestellen mit einem unparteiischen Vorsitzenden, den das Reichsarbeitsministerium stellen sollte. Nur die Fragen, über die es eine Verständigung nicht geben sollte, wurden der Entscheidung des Schiedsgerichts vorbehalten.

Am 23. Oktober begannen die Verhandlungen in Dresden unter dem Vorsitz des Ministerialrats Haack vom sächsischen Arbeitsministerium. Da der im Lande tobende Kampf seine Wellen auch in den Verhandlungssaal hineinwarf, gestalteten sich die Verhandlungen äußerst schwierig.

Nach sechstägigen Verhandlungen kam der Abschluß eines Manteltarifs und eines neuen Lohnabkommens zustande, dem beide Parteien zustimmten. Der Manteltarif gilt bis 30. September 1922 befristet. Das Lohnabkommen gilt für drei Monate, bis 31. Dezember 1921.

Das neue Lohnabkommen hat ein wesentlich anderes Aussehen erhalten als es in Eisenach der Fall war. Es weist für Facharbeiter über 24 Jahre einen Stundenlohn von 7,20 Mark auf und eine Akkordbasis von 9 Mark. Vom 1. November ab kommt auf die Effektivverbienste ein Zuschlag von 5 Prozent und vom 1. Dezember ab von weiteren 5 Prozent. Für Dezember wird ungefähr das Lohnniveau erreicht, das in Eisenach gefordert war. In allen übrigen Berufs-, Alters- und Ortslohnklassen ist das prozentuale Verhältnis so ziemlich das gleiche.

Die sogenannte soziale Zulage für verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Ehemänner nicht erwerbstätig sind, auch Witwen, die noch Kinder zu versorgen haben, sowie unverheiratete Arbeiterinnen, die Kinder zu versorgen haben, deren Väter nicht erwerbstätig sind, bleibt in bisherigem Umfang bestehen. Diese beträgt für die Ehefrau pro Woche 25 Mark in den beiden ersten Ortslohnklassen und 20 Mark in den beiden letzten Ortslohnklassen, für das erste und zweite Kind 12 resp. 10 Mark, für das dritte und jedes weitere Kind 8 resp. 7 Mark.

Im Manteltarif konnten manche Verschlechterungen abgemildert werden; in der Frage des Ferienurlaubs wurde eine geringe Verbesserung erzielt.

Nachdem beide Vertragsparteien dem neuen Tarif und Lohnabkommen zugestimmt hatten, wurden die Bedingungen formuliert, unter denen die Arbeit wieder aufzunehmen ist. Die hauptsächlichste Bestimmung ist, daß bis auf einige Ausnahmen alle Arbeiter wieder eingestellt werden. Ueber die Ausnahmen aber haben die beiderseitigen Verhandlungen sich zu verständigen. Damit war die angelegte Aussperrung hinfällig. Soweit sich übersehen läßt, vollzieht sich die Arbeitsaufnahme ziemlich glatt. An fast allen Orten, an denen die Porzellanarbeiter im Kampfe standen, stand ihnen die übliche organisierte Arbeiterschaft mit ihren Sympathikern wie auch mit weitgehender materieller Unterstützung hilfreich zur Seite.

Versammlungskalender.

SPD-Altmasser. Mittwoch, den 16. November, nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig. Frauen und Jugendliche sind besonders eingeladen.

SPD-Breslau. District 10. Freitag, den 18. November, abends 7 1/2 Uhr wichtige Districtversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Abends 9 1/2 Uhr musikalische Unterhaltung.

SPD-Breslau. Am Freitag, den 18. November, haben ferner die Districte 9 im bekannten Lokal und der District 9a Berliner Straße bei Tisch wichtige Versammlungen.

SPD-Langenbielau. Sonnabend, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Dinter Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied, wenn es Kommunist sein will, hat zu erscheinen. Die Ortsgruppenleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jansz, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichshagen-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1936 und 1937.

Militär-
Schul-Wolle
Licht und
weich auf
Strick - Wolle
Länge 1 m
Kreuzung
Kreuzung 2 1/2
Kreuzung 3 1/2
Kreuzung 4 1/2
Kreuzung 5 1/2
Kreuzung 6 1/2
Kreuzung 7 1/2
Kreuzung 8 1/2
Kreuzung 9 1/2
Kreuzung 10 1/2

Hingerichtet
Hast alle Augen auf
meiner schlagenden
Spezialmittel für
Frauen.
welche bei Regel-
störungen schon in
2 Stunden geholfen
haben.
Gesundheit unerschütterlich.
Verfahrs streng bisitret
unter Aufsicht.
H. Kopen, Hamburg 11
Speyerbergweg 17

Schul-Wolle
Licht und
weich auf
Strick - Wolle
Länge 1 m
Kreuzung
Kreuzung 2 1/2
Kreuzung 3 1/2
Kreuzung 4 1/2
Kreuzung 5 1/2
Kreuzung 6 1/2
Kreuzung 7 1/2
Kreuzung 8 1/2
Kreuzung 9 1/2
Kreuzung 10 1/2

Wiederverkäufer
kaufen billig u. gut
Soden, Herbes,
Unterholzen, Trillou-
gen, Garne, Zucker,
Kartoffeln,
gut Balle, Reichs-
belassung usw. bei
E. Lehmann, Berlin
Poststraße 7.
Anlieferung per
Nachn. v. 100 M. an.
Preisliste gratis.

Gebrauchte
Mauser-Pistolen 7,63
kaufen zu höchsten Preisen
Gewehrfabrik
F. W. Vandrey & Co., Hamburg
Colonnaden

Demächst erscheinend:
Als Heft 10 der Flugschriften der Kommunist. Internationale
E. VARGA
STEUERFRAGEN
UND STEUERPOLITIK
HEFT 10: Steuern und Gewerbesteuerformen / Die Grundregeln
der Einkommen- / Die Frage der Abschreibung von Steuern /
Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie / Die Grundlagen der
Steuerpolitik der kommunistischen Parteien
24 Seiten
Zu beziehen durch
CARL ROYH NACHF. LOUIS CANNELLY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.
Preis Mk. —.— 30